



KEINEN ORT UND KEINEN RAUM FÜR NEONAZISTISCHE ORGANISIERUNG UND PROPAGANDA

„Der III. Weg“ – Neonazi-Kaderschmiede in Parteiform

Die neonazistische Partei „Der III. Weg“ wurde im September 2013 vom ehemaligen rheinland-pfälzischen NPD-Funktionär Klaus Armstroff in Heidelberg gegründet. In Bayern ersetzte sie die Organisation des verbotenen „Freien Netz Süd“ (FNS), der bis dahin wichtigsten Dachstruktur der neonazistischen Kameradschaftsszene Bayerns. Führende Aktivist*innen des FNS hatten durch die Länge des damaligen Verbotsprozesses genügend Zeit, neue Organisationsstrukturen zu schaffen und waren schon längst im „III. Weg“ organisiert, noch bevor das FNS-Verbot letztendlich umgesetzt wurde.

Die Hinwendung zur Parteipolitik ist deshalb auch als strategischer Schachzug zu sehen, um etwaigen zukünftigen Verbotsverfahren aus dem Weg zu gehen. Der Status als Partei bietet zudem immense praktische Vorteile, z. B. bei der Anmeldung von Veranstaltungen. 2019 trat „Der III. Weg“ erstmals mit einem relevanten Ergebnis zu Wahlen an und erhielt bei der Europawahl bundesweit rund 12 750 Stimmen. Im gleichen Jahr konnte der Parteiaktivist Tony Gentsch in den Kommunalwahlen sowohl ein Mandat für den Stadtrat im sächsischen Plauen sowie im Kreistag des Vogtlandkreises erringen.



Die Partei hat bislang keine Orts- oder Kreisverbände, sondern ist in sogenannte Stützpunkte eingeteilt. In Bayern sind fünf Stützpunkte aktiv, wobei für München und Umgebung der von Karl-Heinz Statzberger geführte „Stützpunkt München/Oberbayern“

Der „III. Weg“ am 1. Mai 2019 in Plauen;
Foto: Anne Wild

zuständig ist. Statzberger wurde 2005 wegen der Planung eines Sprengstoffanschlages auf die Grundsteinlegung des jüdischen Zentrums in München zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Damals war er noch Mitglied der Kameradschaft München-Nord, anschließend wichtiger Akteur im FNS, heute ist er führendes Mitglied des „III. Wegs“.

Zur Bundestagswahl 2021 wurden zusätzlich zwei Landesverbände – in Bayern und Sachsen – gegründet. Landesvorsitzende in Bayern ist die Oberpfälzerin Jasmine Eisenhardt, ihr Stellvertreter ist Statzberger, der auch auf der bayerischen Liste zur Bundestagswahl 2021 auf Listenplatz eins kandidiert.

Zusätzlich ist es Ziel der Partei, Anlaufstellen und Infrastruktur für die politische Agitation zu schaffen. Dafür wurden bereits zwei Parteibüros in Plauen (Sachsen) und Siegen (NRW) aufgebaut. Der bayerische Ableger der Partei gibt an, ein vergleichbares Angebot im Freistaat schaffen zu wollen.

Kaderschmiede nach innen

Die Partei „Der III. Weg“ bezeichnet sich selbst als „national, revolutionär und sozialistisch“. Programmatik, Auftreten und Aktionen sind deutlich radikaler als beispielsweise bei der NPD. Seinem Selbstverständnis nach ist der „III. Weg“ dabei eine, wie er es nennt, „ganzheitliche“ Partei, womit gemeint ist, dass sie Angebote zu jedem Lebensbereich bereitstellen möchte. Dies soll durch parteiinterne „Arbeitsgemeinschaften“ (AG) gewährleistet werden. Die „AG Körper & Geist“ ist beispielsweise eine Gruppe, in welcher Parteimitglieder durch Kampfsport-Trainings „körperlich und geistig fit“ werden sollen. Ziel ist es, durch Härte und Disziplin Aktivist*innen auszubilden, die sich als Elite einer revolutionären nationalistischen Bewegung verstehen. Die Partei fungiert somit nach innen gerichtet als Kaderschmiede.



Karl-Heinz Statzberger bei einer „III. Weg“ Kundgebung am Stachus; Foto: Marcus Buschmüller

Parteipolitik im NS-Stil nach außen

Nach außen erinnern die parteipolitischen Positionen im mit nur zehn Punkten extrem knapp gehaltenen Parteiprogramm an eine komprimierte Version des 25-Punkte-Programms der NSDAP. So fordert die Partei beispielsweise eine „raumgebundene Volkswirtschaft“ und

damit einhergehend die Verstaatlichung sämtlicher Schlüsselindustrien, Betriebe der allgemeinen Daseinsfürsorge, Banken, Versicherungen sowie aller Großbetriebe. Auch die Forderung nach der „Wiedereinführung der Todesstrafe“ taucht im Programm auf. Zu diesem „Deutschen Sozialismus“ kommen völkische Forderungen nach „Förderung von kinderreichen Familien zur Abwendung des drohenden Volkstodes“ und der „Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes“ hinzu. An die Forderung nach mehr „deutschen Kindern“ schließt sich ein äußerst starres Geschlechterrollenmodell an. Im patriarchalen Familienbild der Partei soll die Hausfrau für die Kindererziehung zuständig sein und den arbeitenden, politisch aktiven Mann unterstützen. Ein weiteres erklärtes Ziel ist die „Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen“. Der „III. Weg“ nennt etwa Österreich immer noch in NS-Manier „Ostmark“.

Ein zentrales Thema der Partei ist die Hetze gegen Asylsuchende und ihre Unterkünfte. Immer wieder gibt es Flugblattverteilaktionen und Kundgebungen gegen Geflüchtete in bayerischen Kommunen. Auch Antisemitismus ist Teil der Weltanschauung des „III. Wegs“. Die Partei versucht unter anderem, die Finanzierung jüdischer Einrichtungen durch öffentliche Gelder zu skandalisieren und dämonisiert Israel als Terrorstaat.



Kundgebung in Pasing am 1. Mai 2020; Foto: Marcus Buschmüller

Der „III. Weg“ ist neben seiner politischen Arbeit in Deutschland international gut vernetzt. Enge Verbindungen unterhalten die deutschen Neonazis zur „Nordischen Widerstandsbewegung“, die in verschiedenen skandinavischen Ländern aktiv ist, und in die Ukraine, wobei hier vor allem das rechtsextreme und paramilitärische „Regiment Asow“ ihr Ansprechpartner ist.

In München und Umgebung ist der „III. Weg“ vor allem mit Kundgebungen, Flugblattverteilungen und sogenannten „nationalen Streifen“ präsent. Bei letzteren handelt es sich um bürgerwehrrähnliche Patrouillen, bei denen die vermeintlich durch „Ausländer“ und „Linke“ gefährdete öffentliche Sicherheit wiederhergestellt werden soll. Zeitweise nahmen Parteimitglieder an Veranstaltungen von PEGIDA München teil und hielten dort Reden. Auch bei verschiedenen Anti-Corona-Protesten waren Aktivist*innen des „III. Wegs“ vor Ort.

Die Kleinstpartei „Der III. Weg“ konnte sich in den vergangenen Jahren als Ersatzorganisation des verbotenen FNS festigen und als zentraler Bezugspunkt der bayerischen Neonazi-Szene etablieren. Durch das Aufbauen rudimentärer Parteistrukturen und Antreten bei offiziellen Wahlen scheint sich die neonazistische Gruppierung vorerst unter dem Schutzmantel des Parteienprivilegs gegen etwaige zukünftige Verbotsbemühungen abgesichert zu haben. Doch die Funktion der Partei als Kaderschmiede zur Ausbildung einer „nationalrevolutionären“ Schicksalsgemeinschaft macht den „III. Weg“ äußerst gefährlich. Das Agieren der Gruppierung sollte daher nicht unwidersprochen bleiben. Hierbei sind sowohl zivilgesellschaftlicher Protest als auch konsequentes behördliches Handeln gefragt.



Kundgebung des „III. Wegs“ auf dem Max-Joseph-Platz im April 2021; Foto: Anne Wild